



## **Positionspapier der Tierärztlichen Vereinigung für Tierschutz e. V. (TVT)**

### **zum Töten tragender Tiere und zum Umgang mit im Schlachthof geborenen Tieren**

#### **Einleitung**

Seit September 2017 gilt mit Inkrafttreten des § 4 des Tiererzeugnisse-Handels-Verbotsgesetzes (TierErzHaVerbG) ein Verbot der Abgabe von Säugetieren zum Zweck der Schlachtung, wenn sie sich im letzten Drittel der Trächtigkeit befinden. Zweck des Gesetzes ist der Schutz des ungeborenen Lebens (Bundestags-Drucksache 18/12085, S. 1). Das Verbot gilt nicht bei Tötungen im Seuchenfall, nach tierärztlicher Indikation sowie bei Notschlachtungen. Außerdem bezieht es sich bisher nicht auf Schafe und Ziegen.

Die europäische Verordnung über den Schutz von Tieren beim Transport und damit zusammenhängenden Vorgängen (VO (EG) Nr. 1/2005) beschränkt den Transport tragender Tiere aus gewerblichen Gründen. Ihr Transport ist im fortgeschrittenem Gestationsstadium (90 Prozent oder mehr) nicht zulässig, vgl. Art. 6 Abs. 3 i.V.m. Anhang I Kap. I Nr. 2 Buchst. c VO (EG) Nr. 1/2005.

Trotz dieser Regelungen bzw. wegen der zulässigen Ausnahmen, werden regelmäßig Tiere im fortgeschrittenen Trächtigkeitsstadium an Schlachthöfe angeliefert. Daraus ergeben sich Fragen zum Umgang mit solchen Tieren, der tierschutzgerechten Tötung der Muttertiere und Feten, sowie der Euthanasie, die im Folgenden diskutiert werden.

#### **Ausnahmen vom Verbot des Schlachtens hochtragender Tiere**

§ 4 Satz 2 Nr. 2 TierErzHaVerbG erlaubt in Einzelfällen, bei Vorliegen einer tierärztlichen Indikation, wenn überwiegende Gründe des Tierschutzes einer Abgabe zur Schlachtung nicht entgegenstehen, die Abgabe von hochtragenden Tieren zur Schlachtung. Diesen Ausnahmeregelungen stehen ethische Bedenken entgegen. So lehnte die Bundestierärztekammer bereits im April 2016 in einer Resolution die Schlachtung eines Muttertieres im fortgeschrittenen Trächtigkeitsstadium aus ethischen Gründen ab (BTK 2016). Auch nach Auffassung der Bayerischen Landestierärztekammer und des Bundesverbandes der Praktischen Tierärzte - Landesverband Bayern ist nahezu keine tierärztliche Indikation vorstellbar, die die Abgabe eines Rindes, Schweines oder Pferdes im letzten Drittel der Trächtigkeit zur Schlachtung rechtfertigt (Blauer Heinrich 2018). Da der Transport verletzter Tiere nur bei leichten Verletzungen zulässig und außerdem die Schlachtung kranker Tiere nach VO (EG) Nr. 853/2004 und Durchführungsverordnung (EU) 2019/627 verboten ist, dürfte es in der Praxis nicht dazu kommen, dass Ausnahmebescheinigungen nach § 4 Satz 2 Nr. 2 TierErzHaVerbG ausgestellt und hochtragende Tiere am Schlachthof angeliefert werden.

Auch für den Fall, dass die Tötung nach tierseuchenrechtlichen Bestimmungen vorgeschrieben oder angeordnet ist, lässt das TierErzHaVerbG in § 4 Satz 2 Nr. 1 eine Ausnahme des Abgabeverbots zu. Beim Rind könnte eine Ausnahme beispielsweise bei einem Bovines-Herpes-Virus (BHV-1) oder Bovine Virusdiarrhoe (BVD) Fall erteilt werden, da bei diesen Infektionen grundsätzlich die Schlachtung und Verarbeitung als Lebensmittel erlaubt ist.

Notschlachtungen und Nottötungen fallen nicht unter das Verbot des § 4 Satz 1 TierErzHaVerbG (Bundestags-Drucksache 18/12085, S.16). Im Gesetz bisher nicht berücksichtigt sind Schafe und Ziegen.

### **Auswirkungen der Schlachtung auf die Feten**

Werden hochtragende Muttertiere geschlachtet, werden sie zum Erreichen der Empfindungs- und Wahrnehmungslosigkeit betäubt und anschließend durch Blutentzug getötet. Dieses Vorgehen verläuft bei korrekter Durchführung ohne Schmerzen und Leiden für das tragende Tier. Nach dem derzeitigen Wissenstand erreichen die Betäubungsverfahren die Feten jedoch nicht. Der Blutverlust der Mutter bewirkt eine Abnahme des Sauerstoffgehaltes im fetalen Blut, so dass die Feten an Hypoxie versterben. Zwischen dem Tod des Muttertieres und dem der Feten können bis zu 30 Minuten vergehen (EFSA AHAW Panel 2017). Die Feten reagieren häufig mit heftigen Bewegungen auf die Hypoxie, so dass man annehmen kann, dass der Tod durch Hypoxie für sie mit Leiden verbunden ist (FLI 2013). Der entscheidende Grund, der gegen die Schlachtung hochtragender Tiere spricht, ist die Vermeidung von Schmerzen, Leiden und Unbehagen bei den Feten. Damit wird auch das Verbot des Tötens von Hühnerembryonen im zweiten oder dritten Bebrütungsdrittel mit ihrer möglichen Schmerzwahrnehmung begründet (BMEL 2023). Ob bzw. ab welchem Stadium der Trächtigkeit das bei Säugetierfeten der Fall ist, ist wissenschaftlich nicht abschließend geklärt. In Analogie zum Menschen wird jedoch die Schmerzempfindung bei Feten im letzten Drittel der Trächtigkeit als wahrscheinlich angesehen, weshalb etwa Feten im letzten Drittel der Trächtigkeit in der EU-Versuchstier-Richtlinie (RL 2010/63/EU) geschützt sind. Auch die Möglichkeit, dass Feten bereits in der zweiten Hälfte der Trächtigkeit Schmerzen, Leiden und Unbehagen empfinden können, wird diskutiert (Bellieni 2019). Da jedoch die wissenschaftliche Beweisführung nach Einschätzung von Maas et al. (2022) schwierig bleibt, empfehlen die Autoren auf Grundlage ethischer Betrachtungen Nutztierfeten bereits ab der zweiten Trächtigkeitshälfte gesondert zu schützen.

### **Tierschutzgerechtes Töten der tragenden Tiere und der Feten**

Unter der Annahme, dass die Feten Schmerzen, Leiden und/oder Unbehagen ausgesetzt sind, wenn sie an Hypoxie sterben, darf es keine Ausnahmen im TierErzHaVerbG geben. Es muss entweder die Geburt abgewartet werden oder es müssen, wenn das nicht möglich ist, Muttertiere und Feten ohne Schmerzen und Leiden durch eine Euthanasie getötet werden.

Das Barbiturat Pentobarbital ist ein Narkosemittel, dass sich zur Euthanasie von Tieren bewährt hat. Es ist gut plazentagängig und erreicht somit auch den fetalen Blutkreislauf (Boddy et al. 1976). Nachzeitigem Kenntnisstand scheint Pentobarbital nach vorhergehender Injektion plazentagängiger Präparate wie der Kombination aus Ketamin und Xylazin, die zu tiefer Sedation oder Narkose führen, das Mittel der Wahl zur Euthanasie trächtiger Tiere zu sein. Allerdings besteht erheblicher Forschungsbedarf zur Wirkung von Pentobarbital auf die Feten. Beispielsweise müssen die Anflutungsgeschwindigkeit, der Wirkungseintritt nach intravenöser Injektion, die Diffusionsraten durch die Plazenta, die Zuverlässigkeit und Tiefe einer Narkose oder Sedation bei den Feten je nach Trächtigkeitsstadium untersucht werden. Forschungsergebnisse zeigen, dass die Zeitspanne zwischen der intravenösen Pentobarbital-Injektion beim Muttertier und dem Eintritt des Todes bei den Feten bei 25 Minuten liegen kann (Peisker 2010).

Das Präparat T61 mit dem Hauptwirkstoff Embutramid ist nicht plazentagängig und für den Einsatz bei trächtigen Tieren nicht zugelassen (MSD 2023). Deswegen darf es zur tierschutzgerechten Euthanasie von trächtigen Tieren nicht verwendet werden.

### **Transport von in Schlachtbetrieben geborenen Tieren**

Obwohl die VO (EG) Nr. 1/2005 den gewerblichen Transport von Tieren ab einem Trächtigkeitsstadium von 90 Prozent oder mehr explizit verbietet, werden solche Tiere dennoch an Schlachthöfen angeliefert. Bei einem Teil dieser Tiere kommt es während des Transportes oder im Wartebereich des Schlachthofs zur Geburt. Die Schlachtbetriebe sind in der Regel nicht auf diese Situationen vorbereitet, sodass die Muttertiere trotz dessen geschlachtet werden.

Die Viehverkehrs-Verordnung (ViehVerkV) regelt aus tierseuchenrechtlicher Sicht den Verbleib von Tieren, die zum Schlachthof geliefert wurden. In der Praxis werden am Schlachthof oder auf dem Transport zum Schlachtbetrieb geborene Tiere, unter Vernachlässigung der erheblichen Tierschutzrelevanz, getötet. Bei der Entscheidung, ob ein solches Jungtier getötet werden darf, ist immer auch das Tierschutzrecht und der darin geforderte vernünftige Grund zur Tötung zu prüfen. Werden sie ohne vernünftigen Grund getötet, kann es sich um eine Straftat nach § 17 Nr. 1 Tierschutzgesetz (TierSchG) handeln.

Der Abtransport von in Schlachtstätten geborenen Tieren zurück in den Herkunftsbetrieb des Muttertieres oder in eine andere Tierhaltung ist gesetzlich nicht vorgesehen, denn aufgrund der verbotenen Abgabe des hochträchtigen Muttertieres zur Schlachtung, dürften derartige Sachverhalte gar nicht vorkommen.

Alle im Folgenden aufgeführten Vorgaben zum Umgang mit am Schlachthof geborenen Jungtieren sind angesichts dessen stets in Beachtung des tierschutzrechtlichen Verbots einer Tötung ohne vernünftigen Grund anzuwenden und auszulegen.

Gemäß ViehVerkV darf Vieh von einer Schlachtstätte wegtransportiert werden, wenn die zuständige Behörde dies genehmigt. Eine Genehmigung darf für Tiere erteilt werden, die in einen Mastbetrieb verbracht werden, soweit sichergestellt ist, dass sie bis zum Verbringen zur Schlachtung dort verbleiben und Belange der Tierseuchenbekämpfung nicht entgegenstehen, § 7 Satz 2 Nr. 2 ViehVerkV. In die behördliche Entscheidung müssen tierschutzrechtliche Erwägungen zwingend einbezogen werden.

Die VO (EG) Nr. 1/2005 bzw. die deutsche Tierschutztransportverordnung (TierSchTrV) verbieten den Transport von neugeborenen Säugetieren, deren Nabelwunde noch nicht vollständig verheilt ist. Aber weniger als drei Wochen alte Ferkel und weniger als eine Woche alte Lämmer dürfen über eine Strecke von bis zu 100 Kilometern transportiert werden, Art. 6 Abs. 3 i.V.m. Anhang I Kap. I Nr. 2 Buchst. e VO (EG) Nr. 1/2005. Kälber dürfen innerstaatlich in einem Alter unter 28 Tagen transportiert werden, wenn der Transport durch Landwirte erfolgt, die „ihre eigenen Tiere in ihren eigenen Transportmitteln über eine Entfernung von weniger als 50 km ab ihrem Betrieb transportieren“, § 10 Abs. 4 TierSchTrV i.V.m. Art. 1 Abs. 2 Buchst. b VO (EG) Nr. 1/2005.

Des Weiteren sind in der VO (EG) Nr. 1/2005 Ausnahmen aufgeführt, nach denen kranke oder verletzte transportunfähige Tiere als transportfähig angesehen werden können, wenn der Transport keine zusätzlichen Leiden verursacht. Außerdem ist aufgeführt, dass in Zweifelsfällen der Tierarzt hinzuzuziehen ist, vgl. Art. 6 Abs. 3 i.V.m. Anhang I Kap. I Nr. 3 Buchst. a VO (EG) Nr. 1/2005.

Eine tierschutzgerechte Anwendung dieser Ausnahmetatbestände für Abtransporte von Jungtieren von der Schlachtstätte ist in jedem Fall zu prüfen. Im Vergleich zum Verbleib auf dem Schlachthof und der Tötung, können die Nachteile für das Jungtier durch einen zeitlich und räumlich stark begrenzten Transport zu einem landwirtschaftlichen Betrieb geringer ausfallen.

Eine Ausnahme gibt es auch für registrierte Equiden. Neugeborene Fohlen dürfen transportiert werden, wenn der Zweck des Transportes darin besteht, für die Tiere bessere Haltungsbedingungen zu schaffen, vgl. Art. 6 Abs. 3 i.V.m. Anhang I Kap. I Nr. 7 VO (EG) Nr. 1/2005. Es sollte geprüft werden, ob diese Regelung analog für den Transport aller neugeborener Tiere von einer Schlachtstätte zu einem landwirtschaftlichen Betrieb herangezogen werden kann, denn man kann voraussetzen, dass sich ihre Haltungsbedingungen dadurch verbessern.

Der Geltungsbereich der VO (EG) Nr. 1/2005 erstreckt sich ausschließlich auf wirtschaftliche Tätigkeiten, vgl. Art. 1 Abs. 5 VO (EG) Nr. 1/2005. Sofern also bei dem abnehmenden Betrieb oder Tierhalter keine wirtschaftliche Tätigkeit gegeben ist, ist der Abtransport von der Schlachtstätte an deutlich weniger Vorgaben geknüpft. Das ist beispielsweise der Fall, wenn die neugeborenen Tiere an einen Hobbyhalter oder einen Gnadenhof verschenkt werden.

#### **Transport des Muttertieres mit den Jungtieren aus dem Schlachthof**

Auch der Zustand des Muttertieres ist zu berücksichtigen. Der Entscheidung das Muttertier zu töten, steht die Notwendigkeit der Versorgung des oder der Jungtiere mit Kolostrum entgegen. Nur wenn es eine Möglichkeit gibt, die Neonaten anders als durch das Muttertier mit Kolostrum zu versorgen (z. B. durch eingefrorenes Kolostrum oder eine Amme) kann in Erwägung gezogen werden, das Muttertier zu töten, wenn es z.B. infolge des Transportes oder der Geburt verletzt oder in seinem Allgemeinbefinden stark gestört ist. Um Muttertier und Jungtiere zusammen vom Schlachthof weg zu transportieren, sollten die genannten Ausnahmen der ViehVerkV und des Tiertransportrechts geprüft werden.

Die VO (EG) Nr. 1/2005 verbietet den Transport von Tieren, die vor weniger als sieben Tagen niedergekommen sind, vgl. Art. 6 Abs. 3 i.V.m. Anhang I Kap. I Nr. 2 Buchst. c VO (EG) Nr. 1/2005. Die in Anhang I Kap. I genannten Ausnahmen für kranke und verletzte Tiere, können für den Transport des Muttertieres ebenfalls herangezogen werden. So ist gegebenenfalls unter tierärztlicher Anleitung und Diagnosestellung ein Transport möglich. Transporte dieser Art sind jedoch nur zulässig, soweit den betreffenden Tieren keine unnötigen Leiden zugefügt werden, vgl. Art. 6 Abs. 3 i.V.m. Anhang I Kap. I Nr. 3 Buchst. c VO (EG) Nr. 1/2005.

#### **Position und Forderungen der TVT**

Auch die TVT lehnt die Schlachtung eines Tieres im fortgeschrittenen Trächtigkeitsstadium sowohl tierschutzrechtlichen als auch aus ethischen Gründen ab. Da man nicht sicher ausschließen kann, dass Feten bereits ab der zweiten Hälfte der Trächtigkeit Leiden, Unwohlsein oder Schmerzen empfinden können und man im Zweifel im Sinne der Feten entscheiden muss, ist eine Schlachtung tragender Tiere ab der Hälfte der Trächtigkeit nicht zu akzeptieren. Daraus ergeben sich die folgenden Forderungen:

- Das TierErzHaVerbG muss für alle in der Landwirtschaft gehaltenen Säugetierarten einschließlich der kleinen Wiederkäuer gelten.
- Die Ausnahmen vom Schlachtverbot (tierärztliche Indikation, Seuchen, Notschlachtung) im TierErzHaVerbG sind grundsätzlich nicht zu rechtfertigen und sollten gestrichen werden. Das Gesetz sollte entsprechend angepasst werden.

- Im Einzelfall muss überprüft werden, ob ein vernünftiger Grund nach dem TierSchG für die Schlachtung vorliegt.
- Der Transport und die Abgabe hochtragender Tiere zur Schlachtung müssen systematisch erfasst und konsequent geahndet werden. Die für den Herkunftsbetrieb zuständige Veterinärbehörde muss informiert werden, so dass sie risikoorientierte Betriebskontrollen durchführen kann.
- Das Verbot der Schlachtung tragender Tiere und das Gebot zu ihrer Euthanasie sollte bereits zu einem früheren Stadium - ab der Hälfte der Trächtigkeit - gelten, da schon dann die Fähigkeit der Feten Schmerzen, Leiden und Unbehagen zu empfinden nicht sicher ausgeschlossen werden kann.
- Grundsätzlich müssen hochtragende Tiere, deren Gravidität zu mehr als der Hälfte fortgeschritten ist, falls angezeigt, immer auf dem Herkunftsbetrieb mit einem plazentagängigen Präparat narkotisiert und dann euthanasiert werden, so dass die Feten vor Schmerzen, Leiden und Unbehagen bewahrt werden. Dieser Grundsatz muss auch im Seuchenfall gelten.
- Das TierErzHaVerbG muss hofnahe Schlachtungen und Hausschlachtungen eindeutig mit einbeziehen.
- Die EU-weit geltenden Vorgaben der VO (EG) Nr. 1/2005 zum Transport tragender Tiere müssen umgesetzt werden. Bei einer Revision der Verordnung muss der Transport tragender Tiere bereits in einem früheren Trächtigkeitsstadium untersagt werden.
- In der EU sollten einheitliche Bestimmungen zum Abgabeverbot tragender Tiere gelten.
- Kommt es auf dem Schlachthof oder auf dem Weg dorthin, zur Geburt von lebensfähigen Tieren, muss die Versorgung von Jungtier und Muttertier sichergestellt werden.
- Jeder Schlachtbetrieb muss auf solche Situationen vorbereitet sein und entsprechende Konzepte in seinen Standardarbeitsanweisungen vorliegen haben und umsetzen. Entsprechend sollten die Schlachthofmitarbeiter im tiergerechten Umgang mit Muttertier und Jungtier geschult sein.
- Der Transport der Jungtiere und ggf. der Muttertiere vom Schlachthof zu einem landwirtschaftlichen Betrieb sollte - unter Berücksichtigung der Tierseuchenlage - das Ziel sein. Dafür sollte jeder Schlachtbetrieb einen Notfallplan haben, in dem Betriebe aufgeführt sind, die kurzfristig Muttertier und Jungtiere unterbringen und versorgen können. Die Kosten dafür müssen vom Herkunftsbetrieb getragen werden.
- Die Wirkung von Sedativa bzw. Narkotika (nach Injektion i. m. oder i. v. und oraler Gabe) und von Pentobarbital auf Feten (Anflutungsgeschwindigkeit, Wirkungseintritt, Diffusionsraten durch die Plazenta, sedative oder narkotische Wirkung, Dosis, Stadium der Gravidität, Tierart) muss dringend wissenschaftlich weiter erforscht werden.

Belm, den 20. September 2023



Dr. Andreas Franzky,  
Vorsitzender der TVT

## **Literatur:**

Beilage Deutsches Tierärzteblatt für Mitglieder der Tierärztlichen Bezirksverbände in Bayern (2018): Blauer Heinrich 1/2018, S. 4-5.

Bellieni C.V. (2019): New insights into fetal pain, Seminars in Fetal & Neonatal Medicine, 06 Apr 2019, 24(4):101001.

Boddy K., Dawes, G.S., Fischer, R. L., Pinter, S., Robinson, J.S. (1976): The effects of Pentobarbitone and Pethidine on foetal breathing movements in sheep, British Journal of Pharmacology, 1976, 57 (2), S. 311-317.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2023): BMEL.de/DE/themen/tiere/tierschutz/tierwohl-forschung-in-ovo.html. [BMEL - Tierschutz - Verbot des Kükentötens](https://www.bmel.de/DE/themen/tiere/tierschutz/tierwohl-forschung-in-ovo.html) (Zugriff: 30.05.2023).

Bundestierärztekammer e.V. (BTK) (2016): Resolution zur Schlachtung von Tieren in fortgeschrittener Trächtigkeit. <https://www.bundestieraerztekammer.de/presse/archiv/4/2016/resolution-zur-schlachtung-von-tieren-in-fortgeschrittener-traec/1236> (Zugriff: 14.06.2023).

Deutscher Bundestag, Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, Entwurf eines Gesetzes zur Änderung futtermittelrechtlicher und tierschutzrechtlicher Vorschriften, (Bundestags-Drucksache 18/12085), 25.04.2017, [Drucksache 18/12085 \(bundestag.de\)](https://www.bundestag.de/Drucksache18/12085).

Durchführungsverordnung (EU) 2019/627 der Kommission vom 15. März 2019 zur Festlegung einheitlicher praktischer Modalitäten für die Durchführung der amtlichen Kontrollen in Bezug auf für den menschlichen Verzehr bestimmte Erzeugnisse tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2074/2005 der Kommission in Bezug auf amtliche Kontrollen (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 51).

EFSA AHAW Panel (EFSA Panel on Animal Health and Animal Welfare), More S, Bicoût D, Botner A, Butterworth A, Calistri P, Depner K, Edwards S, Garin-Bastuji B, Good M, Gortazar-Schmidt C, Michel V, Miranda MA, Saxmose Nielsen S, Velarde A, Thulke H-H, Sihvonen L, Spooler H, Stegeman JA, Raj M, Willeberg P, Candiani D and Winckler C, 2017. Scientific Opinion on the animal welfare aspects in respect of the slaughter or killing of pregnant livestock animals (cattle, pigs, sheep, goats, horses). EFSA Journal 2017;15(5):4782, 96; 40-46. pp. <https://doi.org/10.2903/j.efsa.2017.4782>.

Friedrich Loeffler Institut (FLI) (2013): Stellungnahme zu einem möglichen Empfindungsvermögen und der Lebensfähigkeit entwickelter Feten; <https://amtstierarzt.de/fachthemen/downloads-tschg?task=download.send&id=64&catid=10&m=0>.

Gesetz zur Durchführung unionsrechtlicher Vorschriften über Verbote und Beschränkungen hinsichtlich des Handels mit bestimmten tierischen Erzeugnissen sowie zu Haltungs- und Abgabeverboten in bestimmten Fällen (Tiererzeugnisse-Handels-Verbotsgesetz - TierErzHaVerbG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2394), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 24 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2752).

Maas, A.J., Riehn K., Kunzmann, P. (2022): Vorsicht als Grundlage für einen adäquaten Umgang mit Schlachttierfeten, Berliner und Münchner Tierärztliche Wochenschrift, 2022 (135), S. 1-12.

MSD-Tiergesundheit; <https://www.msd-tiergesundheit.de/produkte/t-61/> (Zugriff: 30.05.2023).

Peisker, N. (2010): Euthanasie trächtiger Nutztiere, Dissertation, Tierärztliche Fakultät, Ludwig-Maximilians-Universität München, S. 38.

Richtlinie 2010/63/EU des europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2010 zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere (ABl. L 276 vom 20.10.2010, S. 33).

Tierschutzgesetz (TierSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 2006 (BGBl. I S. 1206, 1313), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 20 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2752).

Verordnung (EG) Nr. 1/2005 DES RATES vom 22. Dezember 2004 über den Schutz von Tieren beim Transport und damit zusammenhängenden Vorgängen sowie zur Änderung der Richtlinien 64/432/EWG und 93/119/EG und der Verordnung (EG) Nr. 1255/97 (ABl. L 003 vom 5.1.2005, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs (ABl. L 139 vom 30.4.2004, S. 55).

Verordnung zum Schutz gegen die Verschleppung von Tierseuchen im Viehverkehr (Viehverkehrsverordnung – ViehVerkV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Mai 2020 (BGBl. I S. 1170).

Verordnung zum Schutz von Tieren beim Transport und zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 des Rates (Tierschutztransportverordnung - TierSchTrV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Februar 2009 (BGBl. I S. 375), zuletzt geändert durch Art. 2 der Verordnung vom 25. November 2021 (BGBl. I S. 4970).